

# Berlin-Garantie erneuert

## Hunderttausende jubelten dem amerikanischen Außenminister Herter zu

Berlin (Eigenmeldung). Der amerikanische Außenminister Herter bekräftigte bei seinem sechsstündigen Besuch in der deutschen Hauptstadt am Sonnabend die amerikanische Garantie für die Freiheit und Sicherheit Berlins. Bei einem Festakt im Schöneberger Rathaus erklärte der Außenminister, daß die Westmächte in Genf keiner Berlin-Regelung zustimmen würden, die ihrer Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung der Stadt zuwiderlaufen oder die demokratischen Rechte und Freiheiten der Westberliner beeinträchtigen könnte. Die Berliner Bevölkerung dankte Herter für seinen Besuch durch eindrucksvolle Sympathiekundgebungen. Die Rundfahrt des Außenministers durch Westberlin glich einem Triumphzug.

Bereits am Vormittag hatten sich Zehntausende am Flughafen eingefunden, um den Außenminister, der mit der Maschine des NATO-Oberbefehlshabers Norstad aus Genf pünktlich um 11 Uhr eintraf, zu begrüßen. In den Straßen, welche die Wagenkolonne Herters durchfuhr, stauten sich die Menschen, winkten und klatschten Beifall. Vor dem Schöneberger Rathaus, in das sich Herter nach seinem Essen mit dem Regierenden Bürgermeister Brandt begab, hatten sich nahezu zehntausend Menschen versammelt, die bei den durch Lautsprecher übertragenen Reden Herters und Brandts immer wieder in Beifall ausbrachen.

Der amerikanische Außenminister, der sich von dem Empfang der Berliner sehr beeindruckt zeigte, betonte, daß die westalliierten Truppen in der Stadt bleiben würden, da ihre Anwesenheit für die Sicherung der Freiheit in Berlin unerlässlich sei. Die Rechte des Westens seien eindeutig und könnten nicht durch einen einseitigen Akt einer anderen Macht aufgehoben werden. Die drei Westmächte, so sagte Herter, würden auch einer Befristung dieser Rechte nicht zustimmen.

Westberlin sei eine „Insel der Freiheit“. Diese Freiheit enthalte auch das Recht zur freien Meinungsäußerung. Wörtlich sagte Herter: „Ich gebe den Berlinern die Versicherung, daß die Vereinigten Staaten ihre Verantwortung gegenüber Berlin in keiner Hinsicht vergessen werden.“ In Genf würden die Westmächte auch nicht aus Ungeduld einer Regelung zustimmen, die mit ihren Verpflichtungen in Berlin und ihren Pflichten gegenüber Deutschland in Widerspruch stehe.

### Sorge und Empörung

In seiner Erwiderung dankte der Regierende Bürgermeister Brandt dem amerikanischen Außenminister für seine Bemühungen um eine annehmbare Berlin-Regelung in Genf. Herter habe dabei keinen der wesentlichen Gesichtspunkte, wie beispielsweise die Rechte und Pflichten der Westalliierten in dieser Stadt, den freien Zugang nach Berlin und die Freiheit der Bevölkerung, aus den Augen verloren. Der Westen seinerseits könne sich auf die Menschen Berlins verlassen. Es gebe in dieser Stadt jedoch auch Besorgnis, Ungeduld und Empörung. Die Besorgnis, so

sagte Brandt, gelte der Frage, ob sich die Urheber der Berlin-Krise über das schreckliche Risiko im klaren seien, das sie liefen, wenn sie die Dinge auf die Spitze treiben würden. Ungeduldig seien die Berliner, da sich 14 Jahre nach dem Kriege noch immer kein Ende der Spaltung Deutschlands abzeichne. Die Empörung schließlichs entspringe der unaufhörlichen Verleumdungskampagne des Ostens. „Ein paar Millionen Berliner werden geschoben wie Bauern auf dem Schachbrett“, rief Brandt aus.

### Berliner standen Spalier

Der Bürgermeister warnte den Osten abschließend nachdrücklich vor einer Blockade Berlins, die zu einer Klage vor der UNO führen würde. Berlin sei auf alle Eventualitäten vorbereitet. Die Bevölkerung sei bereit, ihr Lebensrecht mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen. Eine „Meinungsfreiheit auf Rationierungskarten“ werde sie jedoch nicht hinnehmen.

Zu Beginn des Festaktes, der von Parlamentspräsident Henneberg eröffnet worden war, hatten sich Außenminister Herter und seine Gattin in das Goldene Buch der Stadt eingetragen. Die Stadtrundfahrt, die sich dem Festakt anschloß, wurde zu einer eindrucksvollen Sympathiekundgebung für den amerikanischen Außenminister. Schätzungsweise 100 000 Menschen standen an den Straßen Spalier. Die Fahrt wurde an der Zeltentallee im Tiergarten unterbrochen, wo Herter der Umbenennung dieser Straße in „John-Foster-Dulles-Allee“ bewohnte.

## Wer bändigt Chruschtschow?

K. W. B. — Chruschtschow ist gegenwärtig der Star der Welt-politik. Er ist wie der Akteur, der sich vor immer neuen Vorhängen in immer anderen Städten vor der Aufführung seines Stückes verneigt, überall gegenwärtig. Seit Chruschtschow sich in den Sessel Stalins geschwungen hatte, war er aufgebrochen, um mit seinem breiten Temperament einen neuen, sehr agilen Stil von Sowjetherrschaft populär zu machen. Gegen die finstere Einsamkeit der Kreml-Düsternis, die Stalin produziert hatte, setzte er eine joviale Weitoffenheit, mit der er Satelliten wodka-trinkend auf die Schulter klopfte, Neutralen die menschlichen Vorzüge der sowjetischen Gewaltherrschaft in ungewisse Denken schmeichelte und bei den Gegnern als freundlicher Kraftprotz auftauchte. Dieser von Chruschtschow eingeführte New Look der Sowjetpolitik strapazierte sich in den drei Jahren seit der Genfer Gipfelkonferenz aber zusehends in dem Maße, in dem das von Chruschtschow einst gegen den verdammten Diktator Stalin so hochgepreisene Kollektiv in stürmischem Tempo von eben diesem Preisredner an die Wand gedrückt wurde. Was für eine Menge von politischen Figuren, die den Sarg Stalins als alte renommierte Nachfolger-Führer trugen, hat Nikita Chruschtschow in diesen wenigen Jahren ins Dunkel der Anonymität gedrängt: So viele, daß es schwerfällt, mit Mikojan und Koslow überhaupt noch zwei Männer zu nennen, die neben dem reisenden und redenden Herrn des Sowjet-Imperiums Gewichte zu tragen haben.

Der Diktator Chruschtschow interessiert natürlich uns ebenso wie alle Welt. Wir versuchen, wenn auch mit Schwierigkeiten, zu erkennen, wie er der vielen Probleme in eigenen Lande und der Auseinandersetzungen im Satellitenreich Herr zu werden versucht. Wir beobachten aber mit alarmierter Aufmerksamkeit, wie seine vierschrittige Massivität nun nach mehr

als der Bewährung des riesigen Besitzstandes der Sowjets drängt. Chruschtschow wollte selbstverständlich immer den Status quo. Er will es mit seiner „Überfügelungs“-Kampagne im Sowjetland. Und er will es als Motor der kommunistischen Weiteroberung. Bis vor kurzem konnte man glauben, daß er wenigstens hier an lange Fristen dachte. Bei seinem hektischen Streitgespräch mit Vizepräsident Nixon in der amerikanischen Ausstellung bemerkte man, wie er sich aber hetzt, hier erreichen zu wollen, was doch so fern scheint.

Als Chruschtschow im vorigen November den Angriff auf Deutschland begann, war es vielleicht nur eine seiner spontanen Aktionen, die er redend in die Welt setzte. Er hatte es im Alleingang getan. Und wenn natürlich auch seine Interpreten in Rußland selbst und seine handfestesten Satelliten, die Ulbrichts, seine Sprache sprachen — für das Mißvergnügen, das selbst manche osteuropäischen Staaten an der von Chruschtschow vom Zaun gebrochenen weltpolitischen Krise hatten, gab es manche Anzeichen. Die Attacke, die Chruschtschow als den ersten Stoß ins unerforschte Gelände der westlichen Freiheit getan hatte, verlief nicht so, wie es der schnelle Erfolge heischende neue Kreml-Chef gewünscht hatte. Weder weichen die Westmächte vor seinen Forderungen noch gelang ihm bisher das Tribunal, auf dem er, seinen kommunistischen Untertanen weithin sichtbar, die westliche Welt und vor allem Amerika in die Schranken fördern könnte. Die Außenministerkonferenz von Genf, vom erfolgrierigen Chruschtschow ohnedies nur mißmutig als eine Verzögerungsveranstaltung konzidiert, wurde ihm mehr und mehr zum Ärger. Als er während ihres ersten Teils nach Albanien reiste, nutzte er das nervöse Hin und Her in dem kleinen Balkanland, um die Völker und Staaten am Rande Südeuropas auf seine Machtmöglichkeiten drohend hinzuweisen und dabei das Feuer unter dem Berlin-Kessel weiterzuschüren.

Nun war er nach Polen gefahren, um ein paar Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.

Das polnisch-sowjetische Verhältnis schien den Mann, der vor zwei Jahren noch das revolutionäre Grollen gegen den russischen Protegé schwer zu spüren bekam, nicht mehr vordergründig zu interessieren. Er witzelte mit den Polen herum, gab sich als einer der ihnen, als Bergmann und Arbeiter, und ließ die polnisch-russische Feindschaft als eine dumme Erinnerung an verschollene kapitalistische Zeiten wie einen Schwank vorüberziehen. Nichts genierte ihn — nicht einmal die zynische Geschmacklosigkeit, den Polen so nebenbei zu sagen, daß Stalin durch seine Allianz mit Hitler 1939 etwas für die Sowjetunion sehr Wichtiges getan habe. Denkbar, daß sein so explosiv gewordener Drang, etwas mehr an Macht für die Sowjetunion zu erreichen, ihn hierbei daran erinnerte, daß er, der damalige Sekretär der Ukraine, derjenige gewesen war, der Stalin zu dieser Teilung Polens, die ihm eine riesig vergrößerte Ukraine einbrachte, geraten hatte. So weit aber hatte Chruschtschow seine Erinnerungs-Schublade nicht entleert.

Nun ist Chruschtschow, nachdem er so kräftig um sich geschlagen hat, rasch nach Hause geflogen, um sich mit dem jungen Mann zu messen, der in Gestalt Nixons die große Weltmacht ins Sowjetland bringt, auf die Chruschtschow mit seinem Angriff auf Deutschland direkt getroffen ist. Der Vizepräsident der USA mag ihm noch nicht genügen. Chruschtschow möchte Eisenhower vor sich haben. Aber wohl nicht nur deshalb zeigt er sich noch maßloser und ungestümer als in seinen außer Landes abgegebenen Erklärungen. Er wettet gegen die Vereinigten Staaten, während Nixon ihm eine Freundschaftsadresse Eisenhowers an das russische Volk überbringt. Und er sucht wieder im Streitgespräch mit Nixon eine Überlegenheit von morgen oder übermorgen schon heute souverän zu machen. Wenn Chruschtschow aber überhaupt noch zu einer realistischen Politik zu bändigen ist, könnte vielleicht das Gespräch mit dem harten Mann aus den Vereinigten Staaten eine Plattform dazu abgeben.

# Das große Wortgefecht in Moskau

## Auseinandersetzung zwischen Chruschtschow und Nixon auf der US-Ausstellung

Moskau (upi/ap). Bei einem Rundgang durch die amerikanische Ausstellung im Moskauer Sokolniki-Park kam es am Freitag zu hitzigen Wortgefechten zwischen Nixon und Chruschtschow. Im Beisein mehrerer hundert Journalisten vermochten beide Politiker zeitweilig nur mit Mühe ihrer Erregung Herr zu werden. Das Gespräch voller gegenseitiger Vorwürfe reichte von Waschmaschinen bis zu den interkontinentalen Raketen.

Vor den surrenden Farbfernsehkameras auf dem Ausstellungsgelände spielte sich am Freitag das dramatische Gespräch ab. Die scharfen Töne kamen plötzlich auf, als Chruschtschow und Nixon die Küche eines modernen amerikanischen Musterheimes auf der Ausstellung besichtigten.

Chruschtschow meinte: „Ihr Amerikaner erwartet, daß die Sowjetmenschen darüber verblüfft sein werden. Das ist nicht der Fall. Wir haben das alles in unseren neuen Wohnhäusern.“

Nixon antwortete darauf: „Wir sagen nicht von uns, das sowjetische Volk damit in Erstaunen zu versetzen. Wir hoffen nur, unsere Vielseitigkeit und Freiheit zur eigenen Wahl zu zeigen. Wir haben es nicht gern, Entscheidungen von höchsten Regierungsstellen treffen zu lassen, die bestimmen, daß alle Häuser in der gleichen Weise gebaut werden sollen.“

Obwohl Chruschtschow das Gespräch auf die ausgestellten Waschmaschinen brachte, drehte es sich doch sogleich wieder um die Spannungen zwischen Ost und West.

Nixon sagte: „Ist es nicht viel besser, über Waschmaschinen zu plaudern als über kriegsferne Raketen? Das ist die Art des Wettbewerbes, die Sie wünschen. Wie mir bekannt ist, erklärten Sie das.“

Mit gehobener Stimme warf Chruschtschow ein: „Eure Generale erklären, sie seien so stark, um uns vernichten zu können. Wir können euch auch einiges zeigen, so daß ihr den russischen Geist kennenlernt.“

Nixon gab zurück: „Sie sind stark und wir sind stark. Auf einigen Gebieten sind Sie es, aber auf anderen könnten wir es sein. Beide sind wir stark, nicht

nur was die modernen Waffen angeht, sondern auch im Willen und Geist.“

Unter offensichtlicher Anspielung auf Berlin meinte Nixon: „Keiner von uns sollte seine Stärke dazu benutzen, den anderen in die Lage zu bringen, sich einem Ultimatum gegenübergestellt zu sehen. Bei den modernen Waffen macht es keinen Unterschied. Wenn es Krieg gibt, sind wir beide erledigt.“

Chruschtschow ließ gelten, daß die Amerikaner den Frieden wollten, jedoch treffe das seiner Ansicht nach für einige amerikanische Generale nicht zu.

Nixon wurde deutlicher: „Wenn eine der starken Nationen einer anderen ein Ultimatum stellt mit der Wahl, es anzunehmen oder zu kämpfen, dann wird mit der vernichtendsten Kraft der Welt gespielt.“

Chruschtschow warf Nixon vor, ihn einschüchtern zu wollen: „Sie legen große Betonung auf Ultimatum. Wenn Sie uns erschrecken wollen, so wird Ihnen das nicht gelingen. Wir werden Ihre Drohungen mit Drohungen beantworten.“ (An dieser Stelle äußerte Nixon seine Verwunderung über die Form, die das Gespräch angenommen hatte.)

Chruschtschow: „Sie haben damit begonnen. Sie wollten mir indirekt drohen. Aber es stehen uns Mittel zur Verfügung, die böse Folgen haben könnten.“

„Uns auch“, erwiderte Nixon. „Aber unsere sind besser, wenn Sie es probieren wollen.“

Chruschtschow: „Sie haben mich herausgefordert. Lassen Sie uns doch fair argumentieren.“

Nixon wies darauf hin, daß es bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der Welt unwe-

sentlich sei, welches Land momentane Vorteile habe. „Bei einem nächsten Krieg ist jeder Vorteil illusorisch.“

Chruschtschow beharrte: „Lassen Sie uns nicht wie die Katze um den heißen Brei herumgehen.“

Nixon: „Mir gefällt die Art, wie Sie reden.“ Chruschtschow schaltete dann auf die amerikanischen Militärstützpunkte im Ausland um. Er versicherte, Moskau hätte es am liebsten, wenn alle Stützpunkte im Ausland aufgegeben würden. „Wir möchten die Quellen der Reibung wie Westberlin beseitigen. Bis das geschieht, werden wir eine unterschiedliche Sprache sprechen.“

Der Wortwechsel spitzte sich zu, als Chruschtschow auf die amerikanischen „Woche der versklavten Nationen“ zu sprechen kam.

Chruschtschow sagte: „Wie konnte der Kongreß es zulassen, daß eine derartige schwarze Katze über den Weg laufen konnte.“ (Nixon schien etwas bestürzt zu sein und sagte, die Bemerkungen Chruschtschows seien in der Art, wie er sie erwartet habe — aus dem Stegreif drauflösend.)

Jetzt ging Nixon auf Genf ein: „Es würde ein großer Fehler und ein Schlag gegen den Frieden sein, wenn diese Konferenz zum Scheitern verurteilt würde.“ Chruschtschow: „Das ist auch unsere Ansicht.“

Nixon wollte wissen, ob Hoffnung auf eine Bereinigung des Berlin-Problems in Genf bestehe. „Es hängt nicht von mir ab“, meinte Chruschtschow. „Schließlich gehören zwei dazu, um ein Abkommen zu treffen. Sie können nicht alles nach Ihrem Wunsch haben.“

Nixon versicherte, daß jedes Wort von Chruschtschow übersetzt und an die USA übermittelt werden würde und fragte Chruschtschow, ob auch seine Worte überall in der Sowjetunion ins Russische übertragen werden würden.

Chruschtschow antwortete: „Das ist abgemacht.“

# Kampf um das „goldene Flügelrad“

## Aufzeichnungen über Stimmungen und Ereignisse in Mitteldeutschland

### B. Berlin (Eigenbericht)

An die Stelle des politischen Holzhammers ist an manchen Orten in der Zone etwas Phantasie getreten. Siebenstufenraketen, Leistungsstafetten, Kämpfe gegen „rote Laternen“, Kompaßbewegung und Steckenpferdspenden sind einige dieser Mittel zur Leistungssteigerung. Im Westen würde man diese Methoden als „kapitalistisch“ bezeichnen, im Osten gelten sie als Ausdruck sozialistischen Bewußtseins.

### CHEMNITZ

**Nachtwanderungen im Ferienlager.** Das Reichsbahnausbesserungswerk „Wilhelm Pieck“ mußte laut Kollektivvertrag 29 000 DM für das Ferienlager in Oschatz zur Verfügung stellen. Die Teilnahmegebühren für einen Durchgang von drei Wochen betragen 12 DM. Die Gruppen unternehmen als Vorbereitung für das Stufenprogramm der Jungen Pioniere Nachtwanderungen.

**Tag der Plankontrolle:** Am 24. Juli wurde die 80prozentige Planerfüllung kontrolliert. Gegenstand der Kontrollen waren: die Exportverpflichtungen, die Auswertung der Erfindervorschläge, die zusätzliche Produktion für die Steckenpferdbewegung usw.

**Sonntagsbraten frei Haus.** Die „Volksstimme“ schreibt: „Am morgigen Sonntag beginnt der Ratskeller in Chemnitz in der Ernst-Thälmann-Straße mit der Freihauslieferung von Sonntagsgerichten. Von sechs Gerichten kann sich jede Familie das richtige auswählen. Bestellungen nimmt der Ratskeller von Donnerstag bis Sonnabend mittag entgegen. Der Preis liegt zwischen 2,60 DM und 3 DM. Die Lieferung erfolgt kostenlos. Fleisch und Gemüse kommen tischfertig ins Haus. Die Hausfrau muß lediglich die gelieferten geschälten Kartoffeln kochen und drei Töpfe bereitstellen.“

### HALLE

Strafanzeige eines SED-Redakteurs. Der Redakteur Hütel,

Halle, hat an das Amtsgericht Bebra, Hessen, eine Strafanzeige geschickt, in der er die Grenzkontrollbehörden des Diebstahls von einem Notizbuch, zwei Filmen, drei Exemplaren von Tarifverträgen des Saarbergbaus und 30 Westmark beschuldigt.

**Grenzkontrollen und Paketkontrollen.** Die sowjetzonalen Grenzkontrollstellen beschlagnahmen Filme, Ostgeld sowie Zeitungen der Bundesrepublik bei Personen, die besuchsweise in die Sowjetzone reisen. Für Zonenbewohner ist der Besitz von Westmark gesetzlich verboten, es sei denn, sie reisen im Staatsauftrag und dürften das Westgeld vorher bei der Deutschen Notenbank umtauschen.

### MAGDEBURG

**Sortimentslisten sind Wunschlisten.** Den Käufern werden in HO-Geschäften Sortimentslisten vorgelegt, die nicht dem Angebot entsprechen. Der Handel muß Kollektionen vom Großhandelskontor abnehmen, so daß Überplanbestände entstehen, die später als „billige Waren“ verschleudert werden müssen.

**Rumänisches Puppentheater „Tandarica“:** Das berühmte Puppentheater aus Bukarest führte ein viertägiges Gastspiel durch. Die Puppen waren aufs äußerste stilisiert, es handelt sich um grotesk vereinfachte Stabpuppen, die von „Meistern der Puppenspielerkunst“ geleitet wurden.

### BAUTZEN

**Eisenbahner starten Rakete:** Die „Sächsische Zeitung“ schreibt über den Wettbewerb: „Mit der Beladung des Schwerlastzuges mit guten Taten, Verpflichtungen und Verbesserungsvorschlägen für den Geburtstagstisch unserer Republik haben die Eisenbahner begonnen. Die Auslastung der einzelnen Wagen ist aber noch zu gering, weil nicht jede Eisenbahnerin, jeder Eisenbahner, jeder Jugendliche, jede Brigade

in den Kampf ‚um das goldene Flügelrad‘ eingegriffen haben. Um die Beladung des Schwerlastzuges zu beschleunigen, werden von Kottbus aus Raketen abgeschossen, die nicht jede Dienststelle, sondern festgelegte Komplexe anfliegen. Die Raketen senden für jeden Eisenbahner hörbare Signale. Aufgeschlüsselt enthalten sie — Senkt die Unfälle und Zuglaufstörungen — Beseitigt die Zugverspätungen, sorgt für eine hohe Ordnung und Disziplin im Eisenbahnwesen. Jedes Geschenk ist ein Schlag gegen die westdeutschen Militaristen und ein Beitrag für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und eine Stärkung für unsere Delegation bei der Außenministerkonferenz in Genf.“

**Landsonntag mit Agitation:** Am letzten Landsonntag nahmen 1257 Aufklärer teil, die über die Genfer Außenministerkonferenz, über die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft, über die Steigerung der Marktproduktion und über körperlichen Einsatz der Verwaltungsangestellten auf dem Lande diskutierten. Die Bauern, so heißt es, hätten die Erfolge der Sowjetunion und der Regierungsdelegation der „DDR“ in Genf begrüßt.

### AUE

**Wettbewerb für Jugendweihe.** Die Bezirksleitung der SED wandte sich an alle Jugendlichen mit einem Aufruf: „Die ‚Pionierfreundschaften‘, die alle Pioniere und Schüler für die Jugendweihe gewinnen, werden eine Auszeichnung erhalten. Der Bezirksausschuß für Jugendweihe und die Pionierorganisation stiften dazu Ehrenurkunden und Wandfriese, die an alle Klassen verliehen werden, die sich 100prozentig an der Jugendweihe beteiligen.“

**Volkskunstschaffen für Pieck.** Die Schnitzer des Erzgebirges haben eine drei Meter hohe Pyramide aus 100 Figuren zusammengestellt, die sie am zehnten Jahrestag der Zonenrepublik Pieck überreichen wollen.

## „Soviel Berliner sah ich nie“

Herter wieder in Genf — Jeder Zweifel an der Haltung ist beseitigt

L. Genf (Eigenbericht). Bei seiner Ankunft in Genf wurden Herter und seine Begleiter von einem ungewöhnlich starken Aufgebot von Mitgliedern der amerikanischen Delegation begrüßt. Die sonst streng zeremoniell vor sich gehende Ankunft des amerikanischen Außenministers weitete sich diesmal zu einer mehr als viertelstündigen lebhaften Unterhaltung neben dem Flugzeug aus. Man sah der Miene und den Bewegungen Herters an, wie er die überfüllten Plätze und Straßen Berlins schilderte. „Ich war zwei Jahre in Berlin, so viele Berliner habe ich noch nie gesehen“, erklärte ein amerikanischer Diplomat.

Amtlich wurde mitgeteilt, daß

die spontane Begrüßung durch Hunderttausende von Berlinern sowohl Herter als auch seine Frau tief berührt hätten. Die „alten Berliner“ unter den Amerikanern berichteten insbesondere von den äußerlichen Veränderungen der Stadt. Der Besuch hat jeden Zweifel an der Haltung der Berliner beseitigt.

### Zonenfunktionäre wollen überwechseln

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß zwei Angehörige der Zonendelegation, unter ihnen ein höherer Funktionär, der Delegation der Bundesregierung mitteilen ließen, sie würden unter bestimmten Bedingungen auf die westdeutsche Seite überwechseln.

## Keine Verträge mit Ostblockstaaten

Bonn dementiert Gerüchte über Nichtangriffspakt

W. Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung beabsichtigt in naher Zukunft nicht, Polen und der Tschechoslowakei Nichtangriffsgarantien und einen gegenseitigen Gewaltverzicht anzubieten. Dies wurde von einem Sprecher des Auswärtigen Amtes zu den Berichten erklärt, die von einem geplanten oder sogar bevorstehenden deutschen Schritt in dieser Richtung sprachen. Nach Ansicht der Bundesregierung wären derartige Vertragsabschlüsse in der gegenwärtigen verhärteten Verhandlungssituation in Genf sinnlos.

Man macht andererseits im Auswärtigen Amt kein Hehl daraus, daß Überlegungen über ein solches Angebot in den letzten Wochen angestellt worden sind. Sie gingen jedoch von der Voraussetzung aus, daß eine derartige Geste zu einer Auflockerung der gespannten Atmosphäre beitragen könnte. Es sei daher nicht ausgeschlossen, so wird erklärt, daß die Bundesregierung zu gegebener Zeit auf diese Überlegungen zurückkommen werde. Im übrigen wird auf die zahlreichen Beweise hingewiesen, welche die Bundesregierung für ihre Entschlossenheit, eine Politik der Gewaltlosigkeit zu betreiben, geliefert habe. Sie habe einen

Verzicht auf Gewaltanwendung im Londoner Abkommen feierlich ausgesprochen, das von sieben Mächten unterzeichnet sei. Auch Botschafter Grew habe sich in Genf nachdrücklich zu dieser Politik bekannt.

Regierungskreise in Bonn wiesen ausdrücklich darauf hin, daß an eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht gedacht sei.

## USA drängen auf Atomstop

Bildung eines „Vorbereitenden Ausschusses“ vorgeschlagen

Genf (ap/dpa). Auf der Genfer Atom-Konferenz haben die Vereinigten Staaten einen detaillierten Plan für die erste Etappe zum Aufbau der Kontrolle eines Atomstop-Verbots vorgelegt. Der Plan sieht die Bildung eines „Vorbereitenden Ausschusses“ der drei Atom-mächte nach Unterzeichnung eines Atomstop-Abkommens vor. Dem Ausschuss soll ein Generalsekretär vorstehen, der Angehöriger eines neutralen Landes ist.

Im einzelnen soll sich der Ausschuss mit folgenden Problemen befassen: 1. Einleitung technischer Studien über Lage und Ausrüstung von Kontrollposten und geologischen Bedin-

## SED gegen Pakt Bonn—Warschau

Berlin (Eigenbericht). Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ reagierte am Dienstag sehr heftig auf die bekanntgewordenen Erwägungen der Bundesregierung, unter Umständen Nichtangriffspakte mit Polen und der Tschechoslowakei abzuschließen. Die angeblichen Bonner Bemühungen werden in einem Kommentar des Blattes als ein Versuch bezeichnet, die Sowjetzone zu isolieren.

## Aussprache in Wien

Wien (ap). Der polnische Außenminister Rapacki, der sich auf der Durchreise privat in Wien aufhält, stattete dem österreichischen Außenminister Kreisky einen Besuch ab, der den beiden Staatsmännern Gelegenheit zu einem eingehenden Meinungsaustausch über internationale Probleme bot. Der polnische Außenminister ist in Begleitung seiner Familie nach Österreich eingereist. Der Minister wird am Freitag in die Schweiz weiterfahren.

gungen in den Vertragsgebieten. 2. Festlegung der administrativen Grundlagen für das internationale Kontrollsystem. 3. Nach Ratifizierung eines Atomstop-Abkommens soll der Ausschuss, der zunächst von den drei Atom-mächten besetzt wird, aus Angehörigen von sieben Nationen bestehen. Welche die vier zusätzlichen Länder sind, entscheiden die Vertreter der Atom-mächte. 4. Ein halbes Jahr nach Ratifizierung des Atom-Abkommens soll die erste reguläre, aus den Repräsentanten von sieben Staaten bestehende Kontrollkommission gewählt werden. Die drei Atom-mächte werden darin einen ständigen Sitz haben.

# „Erfroren auf dem Weg zum Kommunismus“

Das erste Jahr der „sozialistischen Schule“ ging in Mitteldeutschland zu Ende

P. Berlin (Eigenbericht)

In der ersten Juliwoche endete in der Zone und in Ostberlin das erste „sozialistische“ Schuljahr. Das Ergebnis ist in jeder Hinsicht negativ. In den Jahren 1953 bis 1958 hatte es im Volksbildungswesen schwerwiegende Auseinandersetzungen gegeben. Pädagogen, deren gesunder Menschenverstand vom Marxismus-Leninismus noch nicht ganz eingenebelt war, hatten verschiedene Reformvorschläge gemacht, die zum Teil eine Annäherung des Schulwesens an das westdeutsche bedeutet hätten.

Die kläglichen Ergebnisse der achtjährigen Grundschule, in der die Hochbegabten mit den Schwerfälligen zusammengepackt sind und in der auch die Unbegabten gezwungen sind, eine Fremdsprache zu lernen (natürlich Russisch), waren allzu offenkundig geworden. Hinzu kam, daß die Universitäten wiederholt über die erschreckende Unbildung der Abiturienten geklagt hatten. So war die „Revisionistendiskussion“ in Gang gekommen, in deren Verlauf der Hallenser Professor der Pädagogik, Becker (SED), und eine Reihe von wissenschaftlichen und schulpraktischen Gesinnungsgenossen eine Strukturänderung der allgemeinbildenden Schulen

forderten, die von den Vertretern der kommunistischen Doktrin als „revisionistisch“ abgelehnt wurde.

## Verstaubte Doktrin

Im Laufe des Schuljahres 1957/58 wurde von den Größen des Zentralkomitees die sogenannte polytechnische Erziehung angeordnet. Eine verstaubte Doktrin von Karl Marx über die Verbindung der schulischen Erziehung mit der Produktion wurde ans Tageslicht geholt; ein paar neuerungssüchtige „Schulfunktionäre“, die ihre wissenschaftliche und pädagogische Unbildung gern hinter „gesellschaftlicher Aktivität“ verstecken, wurden eingespannt, und schon ging es los: Nicht nur, daß man Oberschüler in den Ferien zur Fabrikarbeit und zur Arbeit auf den sowjetzonalen Kolchosen einsetzte, sondern in einigen Schulen wurde ein sogenannter Produktionstag eingeführt, an dem die Schüler vom 12. Lebensjahr an einmal wöchentlich Arbeiter spielen müssen.

Als der Staatssekretär im Ministerium für Volksbildung, Hans-Joachim Laabs (SED), diesem Unternehmen entgegenzutreten versuchte, fiel man von allen Seiten über ihn her. Seine spätere Selbstkritik nützte ihm wenig: Heute ist er Bezirksschulrat in Frankfurt (Oder). Ihm folgten zwei Hauptabteilungsleiter in die Wüste: Der Genosse Reibsch wurde Bezirksschulrat in Potsdam; dem Genossen Knauer gelang der Sprung zum Hochschulwesen, wo er als Prorektor für Studienangelegenheiten an der Technischen Hochschule Dresden ein Unterkommen fand.

## Klassen 9 bis 12

Doch blieb der Personenwechsel nicht auf die Stellen zweiter und dritter Ordnung beschränkt. Kaum hatte das Schuljahr 1958/59 begonnen, wurde auch der Minister Fritz Lange, ein alter Kommunist, sang- und klanglos ausgewechselt. Sein Nachfolger wurde der Rektor der soeben aufgelösten Hochschule für Planökonomie in

Berlin-Karlshorst, Professor Dr. Lemnitz, ebenfalls ein alter Kommunist. Unter ihm geht die „Polytechnisierung“ der Schule weiter, die Zehnklassenschule, neuerdings „Oberschule“ genannt, soll nahezu von allen Kindern besucht werden, und die Zahl der Oberschulen (Klasse 9 bis 12, neuerdings „erweiterte Oberschule“ genannt) soll stark eingeschränkt werden.

Den „Unterricht in der sozialistischen Produktion“ nimmt man natürlich nun sehr ernst. Er ist die große Errungenschaft der sozialistischen Schule. Er dokumentiert — zusammen mit der hoffnungslosen Senkung des Bildungsniveaus — die „Überlegenheit der sozialistischen Schule über das klerikalfaschistische Bildungswesen in Westdeutschland“.

## Feldarbeit bei Regen

Wie aber der gesunde Menschenverstand auf die Beschäftigung der Schüler in der Produktion reagiert, das zeigen zwei Begebenheiten aus dem östlichen Alltag: Als die Genossin Susanne Schäfer, Kreis-schulrätin in Berlin-Mitte, vor Jahresfrist auf einer Delegiertenkonferenz der SED die bevorstehende Einführung des „polytechnischen Unterrichts“ ankündigte und als phänomenalen Fortschritt pries, mußte sie sich von den anwesenden werktätigen Genossen den Vorwurf machen lassen, daß die Schulmeister das wieder einführen wollen, wogegen die Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert mit Erfolg gekämpft habe: die Kinderarbeit. — In Zerbst (Bez. Magdeburg) ging der Eifer eines Lehrers und des Vorsitzenden einer „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft“ so weit, daß sie im Spätherbst des vergangenen Jahres von den Schülern einer zehnten Klasse der Oberschule Feldarbeit bei Regen verlangten. Darauf befestigten die Schüler an dem Lastauto, das sie aus der Stadt heraus transportiert hatte, ein Plakat mit der Aufschrift: „Klasse 10 A erfroren auf dem Wege zum Kommunismus.“

## Massenlager leeren sich

Genf (dpa). Der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Dr. Lindt, betonte in einem Bericht an den zur Zeit in Genf tagenden Sozial- und Wirtschaftsrat der UNO, daß sich die Flüchtlingslager in Europa langsam leeren.

Vor einem Jahr gab es in der Bundesrepublik, in Österreich, Italien und in Griechenland noch 39 400 in Lagern untergebrachte sogenannte Alt-Flüchtlinge aus der Schlußphase des zweiten Weltkrieges und aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Zahl hat sich bis zum April dieses Jahres auf 25 500 verringert. Fast alle diese Personen sind nicht mehr oder nur noch begrenzt erwerbsfähig.

# Bunte Tücher verdecken leere Bänke

Auftakt der „Weltjugendfestspiele“ enttäuschte die Kommunisten

L. Wien (Eigenbericht). Die kommunistischen Weltjugendfestspiele begannen mit einer Enttäuschung für die Veranstalter. Tausende Wiener suchten bei dem warmen Sommerwetter die Donaubäder auf oder fuhren hinaus in die Umgebung der Stadt. Als am Nachmittag im Prater-Stadion die Festspiele eröffnet wurden, zählte man in dem weiten Bund, das bei Fußball-Länderspielen mühelos mit 90 000 Zuschauern gefüllt ist, nur etwa 25 000 Personen. Während die Delegationen mit „Friede und Freundschaft“-Rufen über die Laufbahn zogen, donnerten Flugzeuge über Wien, die Spruchbänder wie „Denk an Ungarn“ und „Denk an Tibet“ hinter sich schleppten.

Die Veranstalter hatten wohlweislich Teile des Stadions mit bunten Tüchern bespannen lassen, um die vielen leeren Bankreihen dekorativ zu verdecken.

Über Stunden zog sich der ermüdende Aufmarsch der Delegationen hin. Dann ließ man nach bewährtem Rezept früherer Festspiele einige tausend bunte Luftballons aufsteigen, und kurze Zeit später flatterten die obligaten Friedenstauben gen Himmel. Die Veranstaltung des Sonntags endete mit einem Feuerwerk. Leider fand keine Abstimmung darüber statt, wer von den im Stadion Erschienenen für oder gegen die Festspiele sei. Die Kommunisten hätten dann gewiß ihre zweite Niederlage erlitten, obschon auf Parteibefehl alle Mitglieder der österreichischen KP mit Kind und Kegel im Stadion erschienen waren.

## Briefwechsel mit Macmillan

London/Bonn (dpa/upi). Bundeskanzler Adenauer und Premierminister Macmillan haben in den letzten Tagen Briefe ausgetauscht, wie Sprecher der Außenministerien in Bonn und London mitteilten. Über den Inhalt der Schreiben wurde nichts bekanntgegeben.

Eines der Themen dürfte zweifellos der geplante Besuch Bundeskanzler Adenauers in London gewesen sein. Bundespresseschef von Eckardt sagte hierzu, die Londonreise sei „im Moment nicht aktuell“. Deshalb sei auch kein Termin dafür vereinbart worden.

Die von der freiheitlichen Presse Wiens täglich herausgegebene Zeitung für die Festteilnehmer, die sogenannten „Wiener Nachrichten“, die über das Tagesgeschehen in Wien und die Welpolitik unterrichten, erfreuen sich bei den Festspielteilnehmern so großer Beliebtheit, daß ihre mehrsprachige Auflage immer sehr schnell vergriffen ist. Rollkommandos der Kommunisten gehen allerdings gegen die Zeitungsboten vor und demonstrieren auf diese Weise ihre Auffassung von Pressefreiheit.

## Hinter Stacheldraht

Wie sehr überhaupt die Veranstalter jeglichen Kontakt mit den Nichtkommunisten fürchten, das ersieht der Beobachter deutlich daraus, daß die Delegationen in Lagern isoliert, teilweise sogar hinter Stacheldraht untergebracht wurden. Zum Beispiel darf das Zeltlager der Festival-Besucher aus den Donaustaaten in der Nähe des Winterhafens der Donau nur mit Ausweisen des Komitees betreten werden. Noch stärker isoliert leben die Jugendlichen aus der Sowjetunion und Rotchina. Während die Russen die Anordnung strikt einhalten, nur in Fünfergruppen in die Stadt zu gehen — einer der fünf ist für die „Sicherheit“ seiner Freunde verantwortlich —, lehnten es die Rotchinesen sogar ab, auf Einladung österreichischer Jungkommunisten einen gemeinsamen Stadtbummel zu machen.

## „Wer hat Verwandte?“

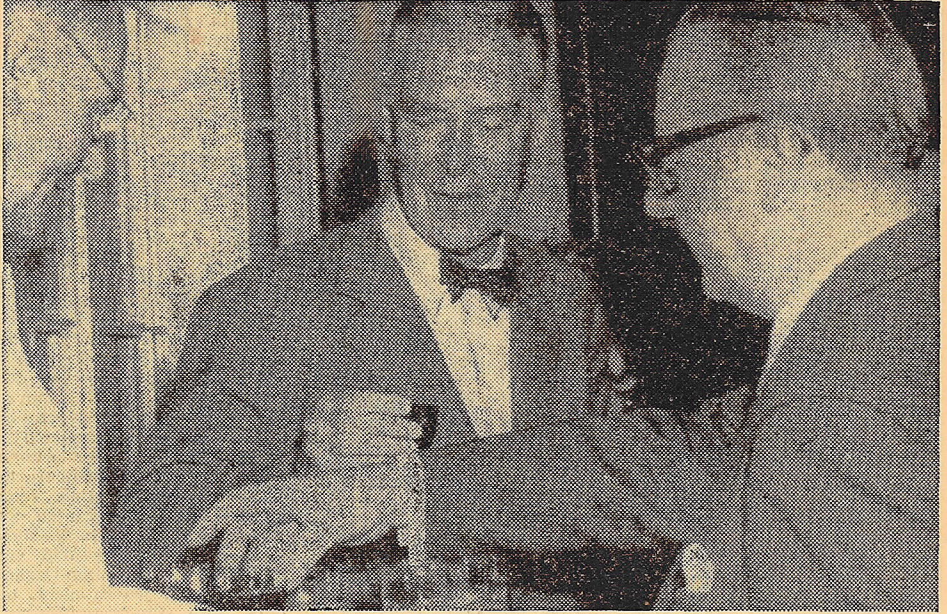
Trotz dieser Sicherungsmaßnahmen gehen vor allem die jungen Tschechen und Polen

eigenmächtig auf Entdeckungstouren. Die Tschechen mußten daheim auf einem Fragebogen die Frage beantworten: „Wer hat Verwandte in Wien?“ Natürlich wurde diese Frage nur mit „Nein“ beantwortet. Doch wer von den Tschechen hat nicht doch noch irgendeine Tante in Wien, zumal die tschechische Minderheit der österreichischen Metropole beträchtlich ist. Auch die ungarische Jugend hat das von dem kommunistischen Jugendverband in sie gesetzte Vertrauen mißbraucht. Jeder einzelne Teilnehmer war vor der Abreise auf Herz und Nieren überprüft worden. Einige hatten sogar den Auftrag, Emigranten zur Rückkehr zu bewegen. Sie suchten auch weisungsgemäß verschiedene Emigranten-Organisationen auf, jedoch nicht, um dort ihre Überredungskünste anzubringen, sondern um sich Geld zu erbitten.

## Rödl blitzte ab

Die Pressekonferenz der Delegation der Bundesrepublik wurde am Sonntag Punkt 12 von dem Genossen Rödl, der bis zum Verbot der KPD dieser angehörte, eröffnet. Ernst Rowoldt, der Hamburger Verleger, ließ es sich nicht nehmen, auf einem Gartenstühlchen in der brütenden Hitze in der Messehalle stumm als Mitglied des Festkomitees auszuharren. Die Bonner Dozentin Klara Maria Faßbinder, der Schriftsteller Leo Weißmantel und der Darmstädter Pfarrer Mochalski ergriffen wieder einmal das Wort und verstiegen sich dabei zu grotesken Behauptungen. Frau Faßbinder erklärte zum Beispiel, es sei eine Lüge zu behaupten, die Kommunisten spielten in der Festspielleitung eine führende Rolle. Genosse Rödl beantwortete jede ihm unangenehme Frage mit dem Satz: „Diese Frage gehört nicht hierher.“

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2



**BILDER DER WOCHE:** Oben: Zu Gast bei Bundesaußenminister von Brentano (rechts) war Amerikas Außenminister Herter. Unten: Nur noch Jazz ohne politische Auflagen will Kurt Henkels (links) spielen, der vor wenigen Tagen aus Leipzig in die Bundesrepublik flüchtete. Mit Freddy Brocksiper, dem Leiter eines Münchener Tanzorchesters, führt er erste Fachgespräche.

